

Berliner

# Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt  
Illustrierter Familien-Zeitung  
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 40 Pf. wöchentlich oder M. 1,75 monatlich. Abonnementpreis bei Postbestellung monatlich M. 1,75, vierteljährlich M. 6,25. Inserionspreis die Zeile M. 1,- mit 50%, Zuschlag für Stellenanzeigen und Gesuche M. 1,- mit 40%. Zusätze: Familien-Anzeigen für Abonnenten 75 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: ca. Wort 25 Pf., das festgedruckte Wort 50 Pf. mit 60% Zuschlag. - Abonnements u. Anzeigen nehmen auch die nebenstehend aufgeführten Filialen entgegen. - Redaktion u. Exp.-Büro: S.W. Jerusalemstr. 46-49. Tel. Zentrum Nr. 10131-10144; f. d. Fernverk. Nr. 14207-14208. Chefredakteur: Otto Nuschke.

Filiale: Moritzpl., Köpenicker Str. 47-48, Wienstr. 1-4, Frankf. A. M. 206, Frankf. A. M. 214, U. Frankf. A. M. 101, Oranienstr. 107, Schönha. Allee 54, Seidestra. 4, Feinestr. 1, Müllerstr. 135, Fiedlerstr. 61, Köpenicker Str. 66-67, Rosenthalstr. 48, Rathenowstr. 3, Turmstr. 61, Potsd. Str. 23, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 56, Nollnerstr. 60, Charlottenb., Tautenkronstr. 2, Kautzstr. 21, Scherrenstr. 20, Nollnerstr. 55-56, Kienbergstr. 20, Friedemannstr. 19, Hallesche-Grünwald, Händelplatz, Lichtbergstr. 41, Hermannstr. 65-66, Fockew. Bornholmer Str. 1, Schumannstr. 1, Breite Str. 10, Schöneberg, Hauptstr. 45-46, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz, Albrechtstr. 103, Tegeler Str. 12, Tempelhofer Feld, Berliner Str. 147, Wilmersdorf, Ullandstr. 28, Koberplatz 13, Brandenburger Hauptstr. 4, Opowick, Schloßstr. 1, Frankfurt a. O., Hauptstr. 14, Niederschönhausen, Brückenstr. 22, Potsdam, Brandenburger Str. 22, Spandau, Breite Str. 47, Stettin, Paradenplatz 8. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

## Dor einer Katastrophe in Leipzig?

Der Arbeiterrat gegen die Reichsregierung.

Die „Freiheit“ veröffentlichte gestern Abend das nachfolgende Privat-Telegramm aus Leipzig:

„Der Arbeiterrat Leipzig erklärt erneut eine Besatzungsmacht, in der er den Belagerungszustand für nicht bestehend erklärt.“

Diese Erklärung des radikalen Arbeiterrats richtet sich gegen die durch die Reichsexekutive erfolgte Verhängung des Belagerungszustandes über Sachsen. Die „Freiheit“ nennt diesen, nach der Notverordnung durchgeführten „Akt eine „Provokation“ und erfährt „aus unrichtiger Quelle“ dazu, daß die sächsische Regierung, die sich gegenüber der Leipziger und Chemnitzer Arbeitererschaft „ohnmächtig fühlte“, bei der Reichsregierung um diese Hilfe gebeten habe. Dann fährt das Blatt fort:

„Die Arbeitererschaft in Leipzig wird sich nicht einschüchtern lassen durch die Laftade, daß die Reichsregierung hinter die sächsische Regierung tritt. Sie wird vielmehr sich den Maßnahmen der Reichsregierung zur Erwirkung des Belagerungszustandes widersetzen. Wenn die Reichstruppen in Leipzig einrücken sollten, so wird eine solche Provokation zu furchtbaren Zusammenstößen führen müssen. Mit den Mitteln des Belagerungszustandes und der weissen Garde wird man in Leipzig nicht Ruhe und Ordnung sichern, sondern blutige Unruhen hervorrufen. Eine Sicherung der Messe durch Belagerungszustand und weisse Garde ist unmöglich. Die Leipziger Messe kann allein gesichert werden durch den guten Willen der Leipziger Arbeitererschaft.“

## Derschärfter Belagerungszustand über Gleiwitz

Bei einem Zusammenstoß zwischen einer Volksmenge, die sich vor einem Konfektionsgeschäft zusammengedrängt hatte, und Pötroufflen und Volkswehr wurden ein Mann getötet und zwei verwundet. Gegen Abend wiederholten sich die Zusammenrottungen und Schießereien an verschiedenen Stellen der Stadt. Wie verlautet, sind hierbei wieder sieben Personen getötet und mehrere teils schwer, teils weniger schwer verletzt worden. Der verschärfte Belagerungszustand wurde über Gleiwitz verhängt.

## Die Kämpfe in Bayern.

Von zünftiger Stelle wird uns mitgeteilt: Gegen Garnischparteilichen wurde am 24. April von den Spartacisten ein Angriff verübt, der aber von der dortigen Ortswacht abgelenkt wurde. In Gern haben Spartacisten aus Automobilen auf Leute geschossen, die dort abgeworfene Flugblätter der Regierung aufhoben. Am 22. April wurden in Starnberg 30 Geiseln durch die Spartacisten befreit. Eine Freiwilligenabteilung hat am 24. April nachmittags eine Brückenwache der Spartacisten gefangen genommen. Ein bei dem letzten Gefecht bei Dachau gefangen genommener Angehöriger der Regierungstruppen, der wieder freigelassen wurde, teilte über das Gefecht bei Dachau mit: Während sich die beiderseitigen Führer besprachen, hielten sich die Spartacisten zum Angriff bereit. Die Führer der Spartacisten behaupteten, sie hätten keine Fühlung mit ihren Truppen. Das Zeichen zum Angriff der Spartacisten war ein Alarmschuss, der mit den Spartacisten der Pulverfabrik von Dachau verabschiedet worden war. Es handelt sich hier also um einen Bruch des Waffenstillstandes.

## Die Gehälter der roten Garde.

Bamberg, 2. April. (Privat.) Die Gehälter der roten Kamee in München wurden auf 25 Mark Tageslohn für Mannschaften, 1000 Mark Monatslohn und 3000 Mark Monatslohn für Unteroffiziere und 3000 Mark Monatslohn und 15000 Mark Monatslohn für Offiziere erhöht. In Landsbut wurde gestern Hauptmann Emil v. Zweel verhaftet, der dorthin aus München gekommen war, um für die Kommunisten Propaganda zu machen.

## Graf Arco umgebracht.

Bamberg, 25. April. (Privat.) Ein aus München entkommener demokratischer Politiker erzählt, daß Graf Arco, der Mörder Kurt Eisners, von sparta-

cistischen Soldaten aus der Klinik geschleppt und umgebracht worden sei. Der bei dem Landtagsattentat schwer verwundete Minister Auer, der bereits wieder gehen kann, habe daraufhin die Klinik verlassen, da sein Leben ebenfalls bedroht war. Der frühere Kriegsminister im Ministerium Eisner, Rohhaupter, ist aus München geflohen und in Bamberg eingetroffen.

## Fehrenbach über den Frieden.

Eine Rede des Präsidenten der Nationalversammlung in Freiburg. Freiburg i. S., 25. April.

Gelegentlich einer Tagung des katholischen Bürgervereins sprach der Präsident der deutschen Nationalversammlung, Fehrenbach, über die politische Lage, wobei er auf seinen 14 Punkten zu bestehen. Es sei sehr leicht möglich, daß das Plenum der Nationalversammlung einberufen werde, um über die Unterzeichnung des Friedensvertrages Beschlüsse zu fassen sowie auch, um bei den Friedensverhandlungen selbst mitzuwirken. Bis zum 5. Mai dürften die Verhandlungen so weit gediehen sein, um die Beschlüsse des Friedensauschusses im Plenum zu erörtern, vielleicht zum Abschluß zu bringen. „Wir sind uns nicht darüber im Zweifel“, sagte er unter anderem, „was es namentlich für die Südwende des Reichs bedeuten würde, wenn die Unterzeichnung des Friedensvertrages abgelehnt wird. Jedenfalls nehme ich an, daß wir einen Frieden nicht unterzeichnen, der die Gefangenen noch weiter in Gefangenschaft beläßt und der nicht die Aufhebung der Weisachade bringt. Wir werden auch einen Frieden nicht unterzeichnen, der das Saargebiet den Feinden ankliefert und Danzig den Polen zuspricht. Ungeheuer ist die Verantwortung, Reichsleitung und Parlament tragen sie gemeinsam, und hinter ihnen steht das gesamte deutsche Volk. Das sollen unsere Feinde wissen, und das soll in ihre Länder dringen, daß wir nicht jeden Frieden, der diktiert wird, annehmen, und daß wir kein Sklavenvolk sein wollen.“

Zur innerpolitischen Lage übergehend, sagte Fehrenbach, das Plenum der Nationalversammlung habe mit großem Fleiß gearbeitet. In der Verfassungskommission könne man von irgendwelchem Kulturkampfgeist nichts merken. Die Kaiserfrage sei seiner Meinung nach für Deutschland erledigt. Die Nationalversammlung werde vorläufig in Weimar bleiben, denn die Befestigung des Reichstagsgebäudes habe gezeigt, daß etwa ein halbes Jahr erforderlich werde, bis die angelegten Schäden ausbeseitigt seien. Der jetzige Zeitpunkt sei nicht geeignet, eine Werbestreitigkeit in Wien bezüglich des Anschlusses Deutschlands an den Reichstag einzuleiten.

## Die Adria-Krise.

Der Wille zur Einigung. Paris, 25. April. (Gadax.)

Donnerstag nachmittag fand eine Konferenz zwischen Wilson, Clemenceau, Lloyd George, Orlando und Sonnino statt. Die italienischen Forderungen wurden nicht erörtert. Wilson verteidigte sich und führte aus, daß er Orlando nicht beleidigen wollte, was ihm Orlando bekräftigte. Orlando wies aber darauf hin, daß seine Forderungen zur Sprache gekommen wären, er nicht unglücklich wäre, das italienische Parlament zu befragen. Nach der Sitzung gingen Orlando und Sonnino in ihr Hotel zurück und reisten, wie schon mitgeteilt, um 8 Uhr abends nach Rom.

Die Cavaserklärung fährt fort: Es muß betont werden, daß es sich nicht um einen Bruch handelt, sondern nur um eine Unterbrechung der italienischen Mitarbeit bei den Arbeiten der Friedenskonferenz. Orlando hat die auf den 6. Mai festgesetzte Einberufung der italienischen Abgeordneten auf einen früheren Termin festgelegt. Es wäre möglich, daß Orlando bis zur Eröffnung der Verhandlung mit den deutschen Vertretern, die nicht vor dem 1. oder 2. Mai beginnen wird, in Paris zurück sein wird. Bis zu seiner Rückkehr wird die italienische Delegation weder an den Arbeiten der Konferenz noch der Kommissionen teilnehmen.

Paris, 25. April. Orlando erklärte dem „Echo de Paris“ zufolge, daß er sich an das Parlament wenden werde, um die Bestätigung des ihm anvertrauten Mandats zu verlangen. Er werde dem König die Vertrauensfrage stellen. Das Parlament werde die nationalen Forderungen festzulegen haben.

Genua, 25. April. (Stefani.) Die Warenbörse hat als Protest gegen die Handlungsweise Wilsons ihre Tätigkeit eingestellt und Orlando zu seiner jetzigen Haltung beglückwünscht. Der „Corriere della Sera“ meldet, daß der Sekretär der italienischen Volkspartei die Parteilosigkeit während der Zusammenkunft, um die volle Übereinstimmung mit der Ehre und den Interessen der Nation zu bekräftigen.

## Die Amerikaner hinter Wilson.

Amsterdam, 25. April. Die „Times“ melden aus New-York, daß das amerikanische Publikum Wilson bei seiner Weigerung, die italienischen Ansprüche auf Fiume zu unterstützen, beglückwünscht. Man ist der Ansicht, daß die Erfüllung der Forderungen den Grund zu einem neuen Kriege legen würde und glaubt, daß die beste Lösung die sein würde, Fiume ebenso wie Danzig, zu internationalisieren.

## Ein neues Arbeitsrecht.

Von Erich Kabeitz.

Die Regierung arbeitet jetzt an einem neuen Arbeitsrecht. Es ist dringend notwendig; denn viele der in Bauers Denkschrift enthaltene sozialpolitischen Vorordnungen sind in den wenigen Monaten ihrer Geltung schon längst durch die Entwicklung überholt worden. Das war keine ruhige Entwicklung. Milliarden unseres Volkvermögens und noch wertvollere Güter hat uns die Laftade gekostet, daß die Arbeitnehmerschaft die in der Denkschrift zusammengefaßte Sozialpolitik der Regierung als unzureichend betrachtet und daß sie glaubte, nur durch immer neue Störungen der Produktion die Rechte erringen zu können, die sie als Frucht der Revolution für sich beanspruchte.

Waren diese furchtbaren Prüfungen unseres durch die Niederlage geschwächten Volkes notwendig? Gings es wirklich nicht anders? Warum war denn das ganze Volk darin einig, daß Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer die Führung in der Regierung übernehmen müßten? Weil man in ihnen die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft sah, die nach der Revolution ihre Forderungen präzisieren würde. Durch ihre Vertreter in der Regierung sollte die Arbeiterschaft ihre Forderungen durchsetzen, damit unser Land vor Erschütterungen durch die Unzufriedenheit der Massen bewahrt blieb. Diese Erwartung haben die Vertreter der Arbeiterschaft in der Regierung nicht erfüllt. Es liegt doch nicht so, daß nur die Spartacisten und ihr Anhang vom linken Flügel der U. S. A. gegen die Regierung angeführt sind. Das Erschreckende ist die Erkenntnis, daß die sozialdemokratischen Regierungsmänner auch die Fühlung mit der eigenen Arbeitnehmerschaft verloren haben. Wäre es sonst möglich gewesen, daß sie sich erst durch verhängnisvolle Streiks zu Konzessionen hätten treiben lassen müssen. Erst das Rätesystem, jetzt das Mitbestimmungsrecht haben die sozialdemokratischen Minister denn nicht gewußt, daß die Massen ihrer eigenen Genossen solche Forderungen stellen wollten? Das ist kaum glaublich. Konnten sie die Erfüllung dieser Forderungen nicht verantworten? Dann hätten sie entweder ihren Platz an anderen Vertrauensmännern ihrer Partei räumen oder wenigstens die Kabinettsfrage stellen müssen. Es ist doch aber auf die Dauer für unser Wirtschaftsleben nicht erträglich, daß man zwar Milliarden für eine ganz wirkungslos leere Plakatpropaganda gegen Streiks verschleudert, auf der anderen Seite aber immer erst mit der Erfüllung von Forderungen wartet, bis die Massen durch umfangreiche Arbeitsentstellungen die Dringlichkeit dieser Forderungen begründet haben.

In der Generalkommission der Gewerkschaften, der unsere jetzigen Minister für Sozialpolitik entstammen, wurde bei geeigneter Gelegenheit die Abkürzung „L. S.“ gebraucht. Das heißt „L. S. abbrechen“ und will sagen: wenn die Radikalfunktionäre und Agitatoren aus agitatorischen Gründen in den Gewerkschaftsversammlungen neue Ideen in die Debatte werfen und an den bewährten Grundsätzen der Gewerkschaftspolitik herumdröseln, dann soll man sie schwächen lassen und der Sache keine übertriebene Bedeutung beimessen. Sie beruhigen sich wieder und die Menge der Mitglieder unterwirft sich doch dem Einfluß der bewährten alten Führer! Es scheint fast, als wenn die neuen Minister auch die Regierung unter der Marke „L. S.“ führen wollten. Sie verwirklichen pflichttreu und eifrig die bewährten alten gewerkschaftlichen Forderungen und kümmern sich offenbar recht wenig um die neuen Sachen, die da in den Massen propagiert werden. Diese Rechnung hat den einen Fehler, daß sich die Massen heute nicht mehr so leicht beruhigen lassen, wie vor dem 9. November. Die Revolution hat nicht nur den Kaiser gestürzt und politische Forderungen der Demokratie verwirklicht. Die wirtschaftliche Revolution ist da und ihre Ziele decken sich nicht durchweg mit dem alten, bewährten Programm der Generalkommission. Neue Ideen finden jetzt in der Masse leichter begeisterte Zustimmung und über ihre Durchführung wird nicht nur geschwätzt, es wird gestreift. Man kann dergleichen nicht mehr mit der Redensart „L. S.“ abtun; das heißt heute: „L. S. streifen!“ Deutschland aber kann das Streifen nicht mehr vertragen.

Das neue Arbeitsrecht, an dem die Regierung jetzt arbeitet, kann ein Segen für unser Vaterland werden. Es kann unser Wirtschaftsleben nach all den schweren Erschütterungen seit der Revolution wieder in Gang bringen, wenn es den Abschluß der sozialen Revolution bildet, die erst nach dem 9. November eingeleitet hat und unter deren Zudringen wir jetzt noch leiden. Das ist eine Aufgabe so groß und schwierig, aber auch so dankbar, wie sie selten einer Regierung gestellt wurde.

Jetzt gilt es, die bitteren Lehren zu beherzigen, die sich aus der Jaghaftigkeit ergeben haben, mit denen bisher die Regierung dem Willen der Massen gefolgt ist. Das soll nicht etwa heißen, es müßte nun jede verlegene Forderung erfüllt werden, die irgendwo von radikaler Seite aus agitatorischen Gründen gestellt wird. Auch das beste Arbeitsrecht wird die Leute um Spartacus nie befriedigen, die nur einmal von Demokratie nichts wissen wollten. Wenn nur ein Arbeitsrecht geschaffen wird, daß der besonnenen Mehrheit der Arbeiter und Angestellten die Gewissheit gibt, daß das alte Arbeitsverhältnis auch im Produktionsprozeß überwunden ist, dann ist genug erreicht und man wird mit den paar unverbesserlichen Schreibern leicht fertig werden.